

Eingelpreis 30 Mark.
Im Jahr ohne Zustellung wöchentlich 175 Mk.
und monatlich 100 Mk., mit Zustellung ins
Haus wöchentlich 200 Mk., u. monatlich 120 Mk.
Derzeit die Post bezogen, monatlich in Polen 800 Mk.
Ausland 1600 Mk.
Die 4-spaltige Nonpareillezeile 40 Mark;
Reklamen: die 4-spaltige Nonpareillezeile
200 Mk., Eingefandte im totalen Teile 200 Mk.
für die Kernzeile; für das Ausland kommt
ein Belaufschlag hinzu; für die erste Seite
werden keine Anzeigen angenommen. — So-
bald werden nur nach vorheriger Verein-
barung geachtet. Unverlangt eingefandte Ma-
nuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 52

Sonnabend, den 4. März 1922

3 Jahrgang

Sejm und Verfassung.

Vor jetzt bald einem Jahre wurde die Verfassung der Republik Polen von dem Warschauer Sejm angenommen. Damit hatte dieses erste Parlament der jungen Republik die ihm gestellte Aufgabe erfüllt, und man erwartete seine Auflösung und den Zusammentritt eines neuen Sejms, der schon auf Grund der Verfassung gewählt werden mußte. Im Widerspruch zu diesen Erwartungen tagte aber der erste Sejm ununterbrochen weiter, — und er tagt auch heute noch. Die Neuwahlen sind, wie wir kürzlich meldeten, wieder einmal verschoben worden.

Dieser Zustand und die Frage, wie weit die wichtigsten Grundsätze der neuen Verfassung schon verwirklicht wurden, gibt der „Gazeta Sonda“ (Berichtszeitung) Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

Vor einem Jahr sprachen wir eine Reihe allgemeiner und besonderer Wünsche aus. Im Zusammenhang damit gaben wir der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1921 uns vor allem die Verfassung bringen würde und daß wir dadurch endlich in die Reihe der Rechtsstaaten treten würden. Unsere Wünsche und Hoffnungen gingen teilweise in Erfüllung. Die Verfassung wurde beschlossen, und ihre Einführung wurde beschlossen, und unter dem wiederholten Hinweis auf die außerordentlichen Bedingungen dieses Moments für das Leben des wiedererstandenen Staates. Haben wir wirklich Anlaß zur Freude? Entspricht die Wirklichkeit den Wünschen und Hoffnungen? Diese Frage ist in diesem Augenblick schwer zu beantworten. Dieser hat das Verfassungsgebot auf unser Außenleben keinen großen Einfluß ausgeübt. Es könnte scheinen, daß der gesetzgebende Sejm, nach der schweren Geburt des Staates, zu dem er berufen wurde, eines Wertes, das übrigens fast ausschließlich das Ergebnis eines Kompromisses ist, seine Tätigkeit einstellen und neuen Räumlichkeiten nachsuchen wird, d. h. einen Sejm und einen Senat, die auf neuen Grundlagen gewählt sind. Bei der ist es anders gekommen. Weder läßt der Sejm selbst seinen Wunsch, auseinanderzugehen, erkennen, noch liegt der Regierung etwas daran, — im Gegenteil: es ist ihr gelungen, den Sejm in Überzeugungen, daß er vor seiner Auflösung eine ganze Reihe von Angelegenheiten erledigen muß, die angeblich keine Verzögerung erleiden dürfen. Der Sejm aber glaubte eben daran, und in diesem Glauben heilt er sich nicht einmal mit der Ankündigung der Wahlordnung, ohne die es unmöglich ist, neue Wahlen vorzubereiten. Der Begriff von „Angelegenheiten, die keine Verzögerung dulden“, ist sehr bedingt. Im Leben der Völker kommen immer und ständig Angelegenheiten vor, die so dringlich sind, daß ohne sie die weitere Entwicklung der sozialen Verhältnisse, ja, vielleicht das Bestehen des Staates selbst, in Frage gestellt sind. Wenn man von diesem Standpunkt aus auf die gesetzgebenden Aufgaben sieht, so müßte das Parlament doch ständig tagen, und es dürfte nicht einmal für einen Augenblick eine Unterbrechung zwischen der Auflösung der einen und der Einberufung des anderen gesetzgebenden Körpers vorkommen. Die Beispiele anderer Staaten beweisen, daß eine solche Anschauung mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Schließlich ist doch hundertmal wichtiger als die Annahme dringender Anträge die Verfertigung normaler Verhältnisse, und die die gesetzgebende Arbeit in die von der Verfassung vorgesehenen Gleise geleitet werden. So dünkt es uns auch, daß der Standpunkt, den die Regierung im Verhältnis zu unserem gegenwärtigen Sejm einnimmt, falsch ist und mit den obengenannten Erfordernissen des Staats ebenso nicht im Einklang steht. Es wäre zu wünschen, daß sich hier die Überzeugungen unserer Regierungsfaktoren ändern würden, daß sie dazu beitragen, daß der gegenwärtige gesetzgebende Sejm möglichst bald seine Beratungen abschließen und durch Beschließung der Wahlordnung die Zusammenberufung neuer neuen Kammern ermöglichen.

Nicht nur auf dem Gebiete des Beginns der normalen gesetzgebenden Arbeit blieben die Meinungen der Verfassung unbefolgt. Ein bestes Verwaltungstribunal wurde nicht einberufen, und was am meisten charakteristisch ist: entgegen dem Art. 126 wurde dem Sejm kein Gesetz vorgelegt, welches auf eine Versöhnung der früheren Verordnungen, die im Widerspruch mit der Verfassung stehen, mit den Vorschriften dieser, abgibt. Schon in der ersten Nummer unserer Zeitung vom Jahre 1921 wiesen wir darauf hin, wie dringend notwendig es sei, in Verwaltungstribunal ins Leben zu rufen. Wir bemühten uns, klar zu machen, daß die

Fehlen eines solchen Instituts in einem Rechtsstaat geradezu eine Anomalie sei. Bei der verhältnisse unserer Auf angehört. Bis jetzt haben wir keine Kontrolle über das Vorgehen der Behörden. Wir sind weiter Zeugen des Eigenwillens. Und dieser Eigenwille wurde so weit getrieben, daß man nicht nur in den untergeordneten Stellen, sondern auch in den Zentralämtern die Bürger davon über-

zeugt, daß diese die gegen sie gefaßten Entschlüsse annehmen müssen, weil jede Klage, jeder Einspruch gegenwärtig unnütz ist. In den letzten Tagen verbreitete sich das Gerücht, daß der Entwurf der Bildung eines Tribunals im Sejm eingebracht wurde. Es wäre zu wünschen, daß das endlich der Wahrheit entspräche, und daß im Einverständnis mit dem Ministerium der Sejm diese Angelegenheit als eine der am not-

wendigsten zu erledigenden erachtet. Von gleicher Bedeutung ist endlich die Durchführung der letzten Verfassungsartikel. Hier wurden formell eine ganze Reihe von Gesetzen, Vorschriften, Umlaufschreiben, die uns als Ergebnis früherer Resolutionen vorliegen, ja sogar Verordnungen, die zu politischen Forderungen herausgegeben waren und die geradezu den Grundgesetzen der Verfassung zuwiderlaufen, nicht aufzuheben. Von rechtlichem Standpunkt aus muß bemerkt werden, daß alle Verordnungen auf dem eigentlichen Recht beruhen, aber für die Verwaltungsbefugnisse und sogar die Gerichtsorgane bedeuten immerhin ihr Vorhandensein einen unsicheren Zustand, dem endlich ein Ende gemacht werden muß. Warum man mit dieser Arbeit noch nicht einmal begonnen hat, darauf ist es schwer, eine Antwort zu finden. Wahrscheinlich haben die Behörden hierzu keine freie Zeit. Aber es ist, wie es sei: Zur Erledigung von Sachen, die jeden Bürger ohne Ausnahme angehen, müssen die entsprechenden Personen besetzt werden, d. h. über die notwendigen Mittel und Kräfte verfügen.

Rücktritt der Regierung.

Beschluß des Kabinetts.

Warschau, 3. März. (A. W.) Heute nach der Sitzung des Ministerrates, hat das Kabinett beschlossen zurückzutreten. Vor diesem Beschluß wurde der in Brzesz weilende Staatschef sofort benachrichtigt. Ministerpräsident Bonikowski empfing darauf die Vertreter der Presse, denen er erklärte, daß infolge der Unmöglichkeit den Standpunkt der Regierung mit dem Standpunkt der Delegation des Wilnaer Sejms in Einklang zu bringen und um die Erledigung der Wilnaer Angelegenheit zu erleichtern und zu beschleunigen, das Kabinett beschloß, hat zurückzutreten. Gleichzeitig berichtete der Ministerpräsident, daß er auf die Anfrage ernster Sejmkreise, welche Regierung er als die entsprechendste erachte geantwortet habe, daß in diesem ernsten Augenblick ein auf eine starke Mehrheit gestütztes parlamentarisches Kabinett gebildet werden müßte.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Wilna und Warschau.

Warschau, 3. März. (Pat.) In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses wurde der Punkt über die Aufnahme der Vertreter des Wilnaer Gebietes in den Bestand des Warschauer Gesetzgebenden Sejms von der Tagesordnung gestrichen. Es geschah dies auf Wunsch der polnischen Regierung, da die Wilnaer Delegation den Akt über die Vereinigung des Wilnaer Gebietes mit Polen nicht unterzeichnet. Um 12 Uhr 30 Min. begaben sich von Seiten der Regierung Ministerpräsident Bonikowski, Außenminister Skirmunt sowie Postminister Steslowicz zur Sitzung des Senatskonvents, um Anträge der Regierung vorzulegen.

Warschau, 3. März. (Pat.) Die heutige Sejmung wurde aberufen.

Warschau, 3. März. (Pat.) Die Abreise der Wilnaer Delegation ist noch nicht endgültig beschlossen.

Das polnisch-deutsche Schiedsgericht ist da!

Das auf Grund des Artikels 304 des Pariser Vertrags beschlossene polnisch-deutsche Schiedsgericht ist nunmehr eingesetzt worden und nimmt alle Klagen, soweit sie seiner Zuständigkeit unterliegen, entgegen (Abschnitt 4, 5, 6 und 7. Teil 10 des Pariser Vertrags). Klagen sind anhängig zu machen unter folgender Adresse: Tribunal Arbitral germano-polonais Paris VII 87 rue de Varenne.

Von jeder Klage muß eine gerichtliche Einschreibgebühr von 100 Franken und ein Verhältnißgebühr von 1 Franken vom Tausend des Werts des strittigen Objekts eingezahlt werden. Die Einschreibe- und die Verhältnißgebühr können in der polnischen Landes- oder Lebenskasse eingezahlt werden.

Es handelt sich hierbei um Ansprüche und Schadenersatzungen der Angehörigen des einen

Staates an die Regierung des anderen, wie sie die Kriegserklärungen mit sich gebracht haben.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen auf einem toten Punkt.

Berlin, 3. März. (Pat.) Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge scheinen die deutsch-polnischen Verhandlungen bezüglich Oberschlesiens auf einem toten Punkte angelangt zu sein, während es noch vor einigen Wochen den Eindruck machte, daß es gelingen würde, sie zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Gegenwärtig haben sich die Verhältnisse bedeutend schwieriger gestaltet. Präsident Salander wird wahrscheinlich nicht nur in der Frage der Besitztümer, sondern auch in anderen Angelegenheiten, wie in den Fragen des Schutzes der Minoritäten und der Währungsfragen, zu entscheiden haben.

Die Schwierigkeiten der Londoner Regierung.

Paris, 2. März. (Pat.) Die Blätter berichten aus London, daß das Schreiben, welches Lloyd George an Chamberlain richtete und in dem er erklärt, daß er sich nicht länger am Ruder werden halten könne, falls Lord Balfour weiterhin der Verfechter des Standpunktes der konservativen Partei sein sollte, allgemein als Ultimatum aufgefaßt wird. „Times“ stellt fest, daß sowohl die Konservativen als auch andere Parteien der Ansicht seien, daß die Regierungskoalition aufgehört habe zu bestehen.

London, 3. März. (Pat.) „Daily Chronicle“ schreibt, daß Balfour Lloyd George gegen die Elemente der unversöhnlichen konservativen Parteien unterstüge. „Daily Telegraph“ berichtet: In gut informierten Kreisen hegt man die Hoffnung, daß es gelingen werde, die Schwierigkeiten zu beseitigen und die Koalition vor dem Zerfall zu bewahren. „Times“ schreibt, daß Lloyd George eine bedeutende Mehrheit erhalten werde.

Leeds, 2. März. (Pat.) Lloyd George erhielt von der Leitung der konservativen Partei die Zusicherung einer treuen Zusammenarbeit der Konservativen mit der Regierung. Auf diese Weise hätte die Regierung, dank der Hilfe der Liberalen und konservativen Parteien, eine gesicherte Mehrheit.

Die Unabhängigkeit Ägyptens nach englischen Begriffen.

Paris, 3. März. (Pat.) Lloyd George machte im Unterhause nähere Mitteilungen über die durch Lord Balfour veröffentlichte Aufhebung des englischen Protektorates über Ägypten. Der Belagerungszustand soll sofort nach erfolgter Annahme der Bedingungen und Sicherung der Vollzugsgewalt aufgehoben werden. Die Engländer behalten sich die Möglichkeit der freien Entscheidung für England wichtigen Punkten vor, sowie den Schutz (!) Ägyptens gegen fremde Angriffe. Weitere Punkte betreffen den Schutz der englischen Interessen (!), den Schutz der Minderheiten sowie die Angelegenheiten des Sudan.

Militärische Kontrolle Deutschlands.

Paris, 2. März. (Pat.) Die Votschaffterkonferenz, bestehende aus Vertretern der mit der Aufrechterhaltung der Kontrolle über das deutsche Heer. Der englische Votschaffter Lord Harcourt verlas ein neues Schreiben des englischen Außenministeriums mit der Erklärung, daß die englische Regierung auf dem Standpunkt beharre, daß von Frankreich in dieser Frage angeführten Weise nicht anerkannt werden.

Deutsche Proteste gegen das Sejmwahlgesetz.

Am Sonntag nachmittag fand in Jassowischen Garten in Polen eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in der die deutsche Fraktion in der Sejmabgeordnetenversammlung eine einstimmige Resolution gegen die im neuen Sejmwahlgesetz für die Minderheiten, besonders für die Deutschen, ergebenden Mängel und deren Beseitigung vor der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes unter allgemeiner Zustimmung der deutschen Versammlungsteilnehmer forderte. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit der Annahme folgender Entschließung einverstanden:

Die Versammlung von Wählern deutscher Nationalität in Polen protestiert einstimmig gegen das gesamte Wahlreglement, wie es den vorstehenden Sejmwahlen und erklärt: 1. Die Wahlbezirke sind zu klein. Die völkischen Minderheiten, welche zuweit in Kolonien, d. h. abgeschlossenen Gebieten gedrängt zusammenwohnen, werden durch die Grenzen der Wahlbezirke zerrissen und verlieren durch diese Zersplitterung und Verteilung auf zwei oder mehr Wahlbezirke die Möglichkeit ihr Volkstum der in ihm enthaltenen Stimmenzahl entsprechend zu vertreten. Vergrößerung der Wahlkreise auf die Grenzen der Wojewodschaften, wie es für die Senatswahl vorgeesehen ist, wird gefordert. 2. Die Berechnung und Feststellung der Mandatsziffern bei der Reichswahl ist ebenfalls geeignet, den Wahlerfolg bei den kleinen Parteien und völkischen Minderheiten zugunsten der großen Parteien zu schmälern und das den kleineren in der Verfassung verbürgte Recht zu kürzen. Als allein gerecht wird die Berechnung der Mandate nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gefordert.

Die Versammlung ersucht den hohen Sejm, das projektirte Wahlreglement, weil es demokratischen Empfinden zuwiderläuft, zu revidieren und mit den beiden oben gestellten Forderungen in Einklang zu bringen, also daß allen Bürgern das gleiche Wahlrecht ungekürzt zuerkannt wird.

Auch in Graudenz protestierte man gegen das Gesetz. Die zu Sonntag in das deutsche Gemeindegau einberufene deutsche Wählerversammlung war gut besucht. Es waren ungefähr 800 Frauen und Männer erschienen. Superintendent Barczewski, Solbau sprach über das zur Vorlage kommende neue Wahlgesetz und hob die verschiedenen Mängel und Ungerechtigkeiten hervor. Die Versammlung beschloß einstimmig, eine Protestresolution gegen die Vorlage an den Sejm aufzustellen. Auch in Bromberg hat, wie wir dieser Tage berichten konnten, eine eindrucksvolle Protestversammlung gegen die Sejmwahlordnung stattgefunden.

Angeichts der Tatsache, daß auch wir, die Deutschen von Lodz und Umgebung, die Gefahr voll und ganz erkannt haben, wie sie sich aus dem von der „Freien Presse“ ausführlich besprochenen geplanten Wahlgesetz ergibt, halten wir es für die allerhöchste Zeit, gleichfalls entschieden Stellung zu nehmen gegen diesen unerhörten Anschlag auf unsere Staatsbürgerrechte. Wir richten daher an unsere deutschen Sejmabgeordneten die Aufforderung, gleichfalls eine Versammlung der hiesigen Deutschen einzuberufen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, in würdiger aber entschiedener Weise öffentlich ihre Stimme zum Protest zu erheben.

*) Art. 126 der Verfassung, Absatz 2: „Alle gegenwärtig bestehenden Vorschriften und Rechtsverordnungen, die mit den Bestimmungen dieser Verfassung nicht übereinstimmen, werden ipso iure innerhalb eines Jahres nach Annahme dieser Verfassung der gesetzgebenden Kammer zur Herbeiführung ihrer Übereinstimmung mit dieser Vorlage der Gesetzgebung vorgelegt.“

(Vierzehnjähriges, reich illustriertes Nachschalt),
Nr. 4/5 — 88 Seiten mit vollständig. Bettland-Katalog
(16 Seiten) deutsch, Mf. 8. — auf österreichische
Königsberg in Nr. 9318. Jahre abnehmen Nr. 15.
Briefmarkenhaus und Verlag
GEORG H. JAEGER, Libau — Lettland.
Mitglied d. V. S. B. Berlin. Händlervereine Wien
Paris Washington (U. S. D. A. Inc.)
Bankkonto: Deutsche Bank. 2680

Nach sehr langem schweren Leiden verschied am 2. März

Herr Richard Schimmel,

ehemaliger Vertreter unserer Zentrale in Frankfurt a/M. sowie unserer Zweigniederlassung in Riga und die letzten 10 Jahre, bevor ihn ein tückisches Leiden für immer ans Krankenlager fesselte, Mitleiter unserer Verkaufsabteilung Lodz.

Mit unermüdlichem Fleiße und großer Hingabe vertrat Herr Richard Schimmel stets die Interessen unserer Firma, überall wegen seiner geschäftlichen Tüchtigkeit geschätzt und in weitesten Kreisen wegen seines liebenswürdigen und freundlichen Wesens gern gesehen.

Mußten wir schon vor einigen Jahren mit tiefstem Bedauern auf seine Mitarbeit verzichten, so ruft uns sein Tod erst recht wieder in Erinnerung, was wir mit ihm verloren.

Ein dauerndes und dankbares Andenken ist ihm bei uns gesichert.

Leopold Cassella & Co.,
Verkaufsabteilung Lodz.

1005

Nachruf.

Am 2. März d. J. verschied nach langem mit Geduld getragenen Leiden

Herr Richard Schimmel,

langjähriger Vertreter der Firma L. Cassella & Co. in Frankfurt am Main und Riga.

In dem heimgegangenen verlieren wir einen liebenswürdigen Freund und Kollegen, dessen angenehme Charaktereigenschaften ihm ein dauerndes Andenken bei uns sichern.

**Die Vertreter der im Lodzer Industrie-Bezirk
tätigen deutschen Farbensabriken.**

1016

Nachruf.

Am Donnerstag, den 2. März d. J., verstarb unser allberehrter Ehrenpräsident

Herr Richard Schimmel.

In dem Verstorbenen verlieren wir einen Kameraden, der von frühester Jugend an bis ins reifere Alter hinein den Sport mit großer Liebe pflegte. Während seiner Mitgliedschaft hat er unserem Vereine stets die Treue gehalten und nie Zeit und Mühe gescheut, wenn es galt, ihm zu dienen. Deshalb werden wir ihn nimmer vergessen.

Sportvereinigung „Union“.



Schmerz erfüllt bringen wir allen Freunden und Bekannten die Trauerbotschaft, daß unser lieber Sohn und Bruder

Artur Edwin Mah

Schüler des Lodzer Deutschen Realgymnasiums

im blühenden Alter von 14 Jahren plötzlich verschieden ist. Die Beerdigung unseres Lieblingss findet heute, Sonnabend, um 2 Uhr nachmittags, vom Trauerhause Bachonia-Straße Nr. 67 aus, auf dem alten evangelischen Friedhof statt.

Die tiefbetrübten Eltern:

Reinhold Mah und Frau Ida, geb. Michel.

1020

Werke

rußischer Schriftsteller
zu kaufen gesucht. Offerten
unter „Rußische Bücher“ an die
Geschäftsstelle ds. BL. 750

Zamienie mieszkanie skła-
dające się z 3 pokoi z kuch-
nią i wszelkimi wygodami
w Łodzi na takloz, ewen-
tualnie mniejsze w Warsza-
wie. Zgłaszać się Piotr-
kowska 86, m 7. 620

Leçons de français

théorie et pratique. Plo-
kowska 86, log. 7. 241

Zagubiono

dowóci osobisty na imię
Dawid Tarnowski zam. przy
ul. Andruszka 32 952

Eine tücht. Köchenäherin

kann sich melden im Damen-Schneider-Atelier 957
J. Moszkowicz, Zawadzka Nr. 22.

Danziger Handels-Adressbuch

— 1922 —

soeben erschienen.

Preis bei Abholung 350 Mt.

„porto“ reier Zusendung 400 Mt.

Das Buch enthält mehrere Auflagen über das Dan-
ziger Wirtschaftsleben, ein Verzeichnis der Danziger
Behörden, Konsulate usw. und ein Verzeichnis aller
Danziger Firmen nach dem Alphabet und nach
Branchen geordnet

„Lodzer Freie Presse“

Petrifauer Straße 86. 870